

An das
Bundesministerium für Soziale Sicherheit,
Generationen und Konsumentenschutz
Abteilung V/1
Franz-Josefs-Kai 51
A-1010 Wien

Wien, 21. April 2003

Stellungnahme der Österreichischen Kinderfreunde

zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird.
GZ: 51 0102/1-V/1/03

Die Österreichischen Kinderfreunde begrüßen das engagierte Ziel der Österreichischen Regierung, dass Österreich bis zum Jahr 2002 familien- und kinderfreundlichstes Land der Welt sein soll. Die Kinderfreunde unterstützen gerne alle Aktivitäten der Regierung für Kinder und Familien die im Einklang mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes sind.

Zu § 39g:

Die Österreichischen Kinderfreunde verstehen nicht, warum zweckgewidmete Gelder die ausschließlich zum Lastenausgleich für Familien einzusetzen sind, für den Verwaltungsaufwand an den Bund zu zahlen sind. Dies widerspricht den Zielsetzungen des Familienlastenausgleichsgesetz und wurde auch jahrzehntelang anders gehandhabt. Damit werden Gelder die direkt den Kindern und ihren Familien zugute kommen sollten zur Budgetsanierung eingesetzt.

Zu § 39m

Prinzipiell begrüßen die Österreichischen Kinderfreunde alle Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es ist jedoch darauf zu achten, dass die geplanten Maßnahmen so breit wie möglich gestreut werden und nicht nur einzelnen Vorzeigeunternehmen zu gute kommen. Es sollten im Sinne des FLAF so viele Eltern und Kinder wie möglich davon profitieren können.

Zu § 41 Abs.4lit. f

Maßnahmen zur Anhebung der Beschäftigungsquote von älteren Arbeitnehmern sollten nicht auf Kosten von Familien gehen. Das Geld, das dem FLAF dadurch entgeht, sollte aus dem allgemeinen Budget ersetzt werden.

Für die Österreichischen Kinderfreunde